Alles was Recht ist

Misslungener Schwangerschaftsabbruch

Ein niedergelassener Gynäkologe musste sich vor dem Amtsgericht Mannheim verantworten. Ihm wurde vorgeworfen, einen Schwangerschaftsabbruch fehlerhaft durchgeführt zu haben.

Die Patientin war in der 10. Woche schwanger. Sie stellte sich bei ihrem Gynäkologen vor, um einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Im Rahmen des Aufklärungsgesprächs wurde auch ein Aufklärungsbogen verwendet, dieser enthält unter anderem folgenden Hinweis: „Der Schwangerschaftsabbruch kann trotz fachgerechter Durchführung misslingen. Dann muss der Eingriff wiederholt werden.“ Weiter heißt es: „Trotz größter Sorgfalt kann es vereinzelt zu Störungen kommen. Gelegentlich treten vorübergehende Schmerzen auf, die aber meist in kurzer Zeit vollständig abklingen. Selten kann es zu Nachblutungen noch mehrere Tage nach dem Eingriff kommen, die eventuell weitere Behandlungsmaßnahmen erfordern.“ Sodann wurde der Schwangerschaftsabbruch durchgeführt. Im Operationsbericht wurde Folgendes festgehalten: „Nach mehrfachem systematischem Nachkürettieren des Cavum uteri mit der stumpfen Kürette erscheint der Uterus leer.“ Zwei Tage später wurde die Patientin notfallmäßig im Universitätskrankenhaus behandelt und kürettiert.

Die Patientin gab an, sie habe an den folgenden zwei Tagen nach dem Schwangerschaftsabbruch unter erheblichen Bauchschmerzen und Blutungen gelitten. Schließlich sei der Embryo zu Hause abgegangen. Sie warf dem Gynäkologen vor, den Schwangerschaftsabbruch nicht oder jedenfalls nicht vollständig durchgeführt zu haben. Auch habe er sich während des Eingriffs nicht über den Inhalt des entleerten Cavums vergewissert. Andernfalls hätte er bemerkt, dass der Embryo nicht abgesaugt worden sei. Zumindest sei sie nicht über eine derartige Komplikation aufgeklärt worden.

So sah das Gericht den Fall

Das Amtsgericht Mannheim hat – sachverständig beraten – die Klage der Patientin abgewiesen (Urteil vom 5.11.2012, Az. 5 C 374/10). Zwar gehe das Gericht aufgrund der Aussage der Patientin sowie der angehörten Zeugen davon aus, dass bei der Patientin bei der Behandlung durch den Gynäkologen noch der vollständige Embryo in der Gebärmutter verblieben und dieser später zu Hause abgegangen sei. Es sei auch nicht zweifelhaft, dass dieses Erlebnis eine physisch und psychisch belastende Situation dargestellt habe. Ein Behandlungsfehler liege dennoch nicht vor. Nach Aussage des Sachverständigen müsse bei einem Schwangerschaftsabbruch sehr vorsichtig vorgegangen werden, weil die Gebärmutterwand in der Schwangerschaft äußerst weich sei und daher leicht verletzt werden könne. Daher schabe man nur mit sanftem Druck an der Innenseite der Gebärmutterwand entlang, damit keine tieferen Schichten verletzt würden. Hinzu komme, dass dabei nicht unter Sicht gearbeitet werde, sondern zur Kontrolle lediglich der Widerstand der Kürette in der Hand des Operators diene. Daher könne auch bei einem systematischen Vorgehen vorbeikürettieren werden und Teile des Embryos oder auch der gesamte Embryo in der Gebärmutterhöhle verbleiben.

Im Aufklärungsbogen sei die Patientin darauf hingewiesen worden, dass die Schwangerschaft trotz sorgfältigen Vorgehens fortbestehen könne, sodass ein weiterer Eingriff erforderlich werde. Aufklärungsfehler seien damit ebenfalls nicht ersichtlich.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Das Zurückbleiben von Teilen des Embryos oder des gesamten Embryos ist auch bei noch so sorgfältigem Vorge-

Dr. Patrick M. Lissel

... stellt unter „Alles was Recht ist“ gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

hen nicht in jedem Falle zu verhindern (ebenso Amtsgericht Erfurt, Urteil vom 17.8.2011, Az. 11 C 859/09). Hierüber muss die Patientin aufgeklärt werden. Maßgeblich für die Aufklärung ist das persönliche Gespräch zwischen dem Arzt und der Patientin. Dabei stellt ein von der Patientin unterschriebener Aufklärungsbogen ein starkes Indiz für ein den formellen Anforderungen genügendes Aufklärungsgespräch dar (vgl. Ratzel/Lissel, Handbuch des Medizinischschadensrechts, § 4 Rn. 33 m.w.N.). Allerdings findet sich nicht in jedem der im Handel erhältlichen Aufklärungsbögen zum operativen Schwangerschaftsabbruch ein Hinweis darauf, dass der Eingriff trotz fachgerechter Durchführung misslingen kann. Dem Gynäkologen ist anzuraten, dies in dem von ihm verwendeten Aufklärungsbogen zu überprüfen und ggf. im Feld „Anmerkungen zum Aufklärungsgespräch“ eine entsprechende Passage handschriftlich zu ergänzen.

Dr. Patrick M. Lissel, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht
Ottostraße 1
80333 München